

Rettungsschirm 2.0

Eurokrise. Die Wachablösung der Rettungsschirme kommt näher. Der dauerhafte Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) soll in Kürze die temporäre Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) ablösen – sofern alle Eurostaaten und das deutsche Bundesverfassungsgericht zustimmen. Beide Rettungsschirme haben vieles gemeinsam, unterscheiden sich aber auch in einigen wichtigen Aspekten. Ein Überblick.

Griechenland, Irland, Portugal und Spanien – all diese Länder sind schon unter die Fittiche des Rettungsschirms EFSF geschlüpft (Grafik). Die Griechen haben am meisten von den Hilfen profitiert,

knapp 145 Milliarden Euro der verteilten Kredite gingen nach Hellas. Dieser Betrag ist deshalb so groß, weil er unter anderem das Geld zur Rekapitalisierung der griechischen Banken einschließt, die durch die

Umschuldung erhebliche Verluste hinnehmen mussten.

Durch all diese Hilfen sind die finanziellen Mittel der EFSF allerdings immer mehr geschrumpft. Eigentlich sollte sie bereits im Sommer dieses Jahres vom dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) abgelöst werden. Doch um den Nachfolger gibt es derzeit viele Diskussionen, in Deutschland entscheidet das Bundesverfassungsgericht erst am 12. September, ob der ESM nun im nächsten Sommer starten darf oder nicht.

Dabei ist die Grundidee beider Rettungsschirme gleich (Tableau Seite 2): Um die Finanzstabilität in der Eurozone zu sichern, können die Fonds Krisenstaaten mit Hilfskrediten oder anderen Instrumenten unter die Arme greifen – gegen Reformauflagen.

Das für die Hilfe nötige Geld holen sie sich am Kapitalmarkt, indem sie selbst Anleihen begeben. Zudem verlangen beide Schirme von den Krisenländern moderate Zinsen oder Gebühren, mit denen sie →

Rettungsschirm: Geld geht zur Neige

Die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) kann bis Juni 2013 Kredite im Gesamtwert von 440 Milliarden Euro vergeben.

In Milliarden Euro

EFSF-Kredite bisher	Bereits ausgezahlt	Noch ausstehend	Insgesamt
Griechenland	73,9	70,7	144,6
Bankenrettungsprogramm für Spanien		bis zu 100	100,0
Portugal	17,4	8,6	26,0
Irland	12,0	5,7	17,7
Barreserve	3,7		3,7
Verbleibende Kreditkapazität			mindestens 148,0

Griechenland: einschließlich Beitrag zur Privatsektorbeteiligung und Bankenrekapitalisierung; Quelle: EFSF

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwkd 33

Inhalt

Ökosteuer. Unternehmen, die Ausnahmeregelungen in Anspruch nehmen wollen, müssen dafür ein Energiemanagementsystem einführen.
Seite 3

Digitale Wirtschaft. Die Wirtschaft im und rund ums Internet schreibt seit Jahren einen Umsatzrekord nach dem anderen.
Seite 4-5

Länderhaushalte. Die Bundesländer haben wegen der guten Konjunktur 2011 rund 16 Milliarden Euro mehr Steuern eingenommen als geplant.
Seite 6

Sport. Früher waren Eintrittskarten die Haupteinnahmequelle bei Sport-Events, heute sind es Rundfunk- und Werbelizenzen.
Seite 7

Werkzeugherstellung. In Deutschland werden nach wie vor klassische Werkzeuge hergestellt – und der Absatz läuft wie geschmiert.
Seite 8

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ mindestens ihre eigenen Zins- und Verwaltungskosten decken können. Im normalen Geschäft machen die Rettungsschirme damit keine Verluste, sondern sogar eher leichte Gewinne.

Weil die Haftung begrenzt ist, sind EFSF und ESM nicht direkt als Eurobonds mit unbegrenzter gegenseitiger und gesamtschuldnerischer Haftung anzusehen.

Wie derzeit in der EFSF hat Deutschland auch künftig im ESM wegen der Mehrheitsregeln bei wichtigen Entscheidungen de facto ein Vetorecht. Dabei muss sich der deutsche Vertreter im jeweiligen Leitungsgremium an die Weisungen des Bundestags halten. In Kombination mit dem deutschen Vetorecht hat das deutsche Parlament also eine weitreichende Kontrolle über die Rettungsschirme.

Damit wäre es etwa ohne deutsche Zustimmung nicht möglich, dass sich der ESM unbegrenzt Geld bei der Europäischen Zentralbank (EZB) besorgt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass der ESM quasi eine Banklizenz besitzt – da er mit der Geldaufnahme und -ausleihe ohnehin wie ein Bank agiert, ist der ESM zwar von der Pflicht zur Lizenzierung als Bank befreit. Um sich aber bei der EZB mit Geld einzudecken, ist ein Beschluss des Leitungsgremiums nötig – und damit die deutsche Zustimmung.

Doch es gibt auch wichtige Unterschiede zwischen EFSF und ESM. Nur zwei Beispiele: Die EFSF kann rund 440 Milliarden Euro an Hilfen vergeben, der ESM dagegen bringt es auf 500 Milliarden Euro. Länder mit Hilfsprogrammen fallen bei der EFSF als Garantgeber aus, beim ESM dagegen bleiben sie weiter im Kreis der Finanziers.

Die Rettungsschirme im Vergleich



Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)	Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)
Gemeinsamkeiten	
Vergaben von Hilfen an Krisenländer zum Erhalt der Finanzstabilität in der Eurozone	
Stabilitätshilfen verfügbar nur gegen angemessene Reformauflagen	
Ausgabe von eigenen Anleihen, um Krisenhilfen zu finanzieren	
Gleiche Instrumente: Hilfskredite, vorsorgliche Kredite, Primär- und Sekundärmarktinterventionen ggf. mit Hebelwirkung, Bankenhilfen	
Krisenländer müssen moderate Zinsen und Gebühren zahlen, sodass die Rettungsschirme Finanzierungs- und Verwaltungskosten decken können	
Keine unbegrenzte gesamtschuldnerische Haftung für Verbindlichkeiten	
Stimmrechte in Leitungsgremium nach Kapitalanteilen gewichtet – de facto deutsches Vetorecht bei wichtigen Entscheidungen	
Deutscher Vertreter im Leitungsgremium an Weisungen des Bundestags gebunden	
Kooperation mit dem Internationalen Währungsfonds so weit wie möglich	
Kein Zugang zu Krediten der Europäischen Zentralbank	
Sitz in Luxemburg	
Unterschiede	
Aktiengesellschaft	Internationale Finanzinstitution
Gegründet Juni 2010	Noch nicht in Kraft
Befristet bis Juni 2013	dauerhaft
Verfügbares Finanzvolumen von effektiv rund 440 Milliarden Euro	Verfügbares Finanzvolumen von 500 Milliarden Euro
Deutsches Haftungsvolumen 211 Mrd. Euro	Deutsches Haftungsvolumen 190 Mrd. Euro
Verfügbares Finanzvolumen durch Garantien der Eurostaaten in Höhe von 780 Milliarden Euro verbürgt	Verfügbares Finanzvolumen durch Kombination einer Barreserve von 80 Milliarden Euro und von den Eurostaaten abrufbarem Kapital von 620 Milliarden Euro gesichert
Wenn Hilfskredite nicht ausfallen, werden die Eurostaaten durch keine Finanzierungspflicht belastet	Die Barreserve von 80 Milliarden Euro ist anteilsgemäß von den Eurostaaten einzuzahlen und verbleibt beim ESM
Länder mit EFSF-Hilfen fallen als Garantgeber aus	Länder mit ESM-Hilfen werden von ihrer Pflicht zur Unterstützung des ESM nicht befreit
Deutscher Stimmanteil 29,07 Prozent	Deutscher Stimmanteil 27,15 Prozent
Entscheidungen teils einstimmig, teils mit qualifizierter Mehrheit von 2/3 (Abstufung nach Bedeutsamkeit: je wichtiger die Entscheidung, desto höher Mehrheitserfordernis)	Entscheidungen teils einstimmig, teils mit qualifizierter Mehrheit von 80 Prozent, teils mit einfacher Mehrheit (Abstufung nach Bedeutsamkeit: je wichtiger die Entscheidung, desto höher Mehrheitserfordernis)
Kein Dringlichkeitsverfahren	Dringlichkeitsverfahren, wenn EZB und EU-Kommission bei Entscheidungsverzögerung über Hilfsmaßnahmen die Finanzstabilität der Eurozone in Gefahr sehen: Entscheidungen mit eigentlichem Einstimmigkeitserfordernis können mit qualifizierter Mehrheit von 85 Prozent getroffen werden
Kein deutsches Vetorecht bei eher unwichtigen Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit von 2/3	De facto deutsches Vetorecht, außer bei wenigen, relativ unwichtigen Entscheidungen mit einfacher Mehrheit
Kein bevorrechtigter Gläubigerstatus	Bevorrechtigter Gläubigerstatus (hinter Internationalem Währungsfonds), außer bei Anschlussprogramm an EFSF-Hilfen
Keine Schuldentragfähigkeitsanalyse	Schuldentragfähigkeitsanalyse durch Europäische Zentralbank, EU-Kommission und (so weit angemessen und möglich) Internationalen Währungsfonds
Keine explizite Vorgabe zur Privatgläubigerbeteiligung	Privatgläubigerbeteiligung in Ausnahmefällen gemäß Praxis des Internationalen Währungsfonds
Keine Regeln für Umschuldungsverhandlungen	Obligatorische Einführung von mehrheitsbezogenen Umschuldungsklauseln (Collective Action Clauses)
Keine Bedingungen zu erfüllen, bevor Mittel ausgezahlt werden	Bindung des Zugangs zur ESM-Hilfe an die Ratifizierung des Fiskalpakts ab 1. Januar 2013

Ermäßigungen werden teurer

Ökosteuern. Auch nach der Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes zum 1. Januar 2013 gibt es für energieintensive Industrieunternehmen Ausnahmeregelungen. Allerdings müssen die Firmen als Gegenleistung ein Energiemanagementsystem einführen, und die gesamte Industrie muss die gesetzlichen Vorgaben zur Energieeffizienz erfüllen.

Als die damalige rot-grüne Bundesregierung 1999 ihre ökologische Steuerreform umsetzte, schuf sie zugleich Ausnahmeregelungen für jene Unternehmen, die besonders viel Energie verbrauchen – damit diese Firmen nicht gezwungen sind, aus Deutschland auszuwandern. Der sogenannte Spitzenausgleich bewirkt, dass der Staat diesen Betrieben einen Teil der gezahlten Energie- und Stromsteuern zurückerstattet. Aufgrund europarechtlicher Vorgaben musste sich die Industrie als Gegenleistung zu Klimaschutzmaßnahmen verpflichten.

Diese Selbstverpflichtung aus dem Jahr 2000 läuft allerdings Ende 2012 aus, sodass der Industrie ohne eine Nachfolgeregelung für die Ökosteuern-Begünstigung erhebliche finanzielle Folgen gedroht hätten:

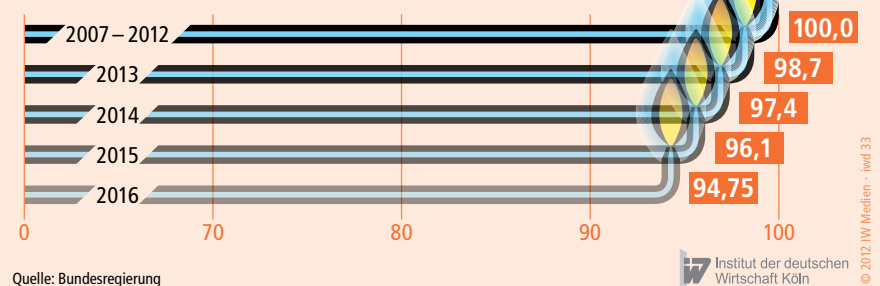
Bei voller Belastung mit der Ökosteuern müssten die Unternehmen des Produzierenden Gewerbes jährliche Mehrkosten von insgesamt rund 2,3 Milliarden Euro schultern.

Für viele Industriebranchen, die der Sache nach energieintensiv produzieren müssen und gleichzeitig im internationalen Wettbewerb stehen, wäre dies ein schwerer Rückschlag gewesen.

Industrie muss Energie sparen

Laut einem neuen Beschluss der Bundesregierung werden energieintensive Unternehmen auch künftig bei der Ökosteuern begünstigt. Eine Voraussetzung ist allerdings, dass das gesamte Produzierende Gewerbe von 2013 bis 2016 seine Energieintensität – also den Gesamtenergieverbrauch je produzierte Gütereinheit – schrittweise verringert. Das bedeutet zum Beispiel, dass die Industrieunternehmen im kommenden Jahr mit 1,3 Prozent weniger Strom, Gas etc. auskommen müssen als im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2012.

So soll sich die Energieintensität der Industrie nach den Vorgaben der Bundesregierung entwickeln, Durchschnitt 2007 bis 2012 = 100



Die beschlossene Neufassung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes ist für die Industrie schon deshalb vorteilhaft, weil sie für Kontinuität sorgt. Zum Nulltarif ist die Planungssicherheit allerdings nicht zu haben – künftig kommen die Unternehmen nur noch dann in den Genuss der Ausnahmen, wenn sie zwei Bedingungen erfüllen:

- **Energiemanagementsystem einführen.** Schon 2013 und 2014 gewährt der Staat den Industrieunternehmen den Spitzenausgleich nur noch unter der Voraussetzung, dass sie systematisch nach Energiesparpotenzialen suchen und spätestens im Jahr 2016 eine entsprechende Zertifizierung nach deutscher oder europäischer Norm nachweisen. Dies bedeutet einen erheblichen bürokratischen Aufwand. Um kleine und mittlere Betriebe nicht zu überfordern, sind für sie vereinfachte Verfahren vorgesehen – etwa ein sogenanntes Energie-Audit.
- **Energieeffizienz verbessern.** Jedes Unternehmen, das ab dem Jahr 2015

den Spitzenausgleich beantragen möchte, ist zudem darauf angewiesen, dass das gesamte Produzierende Gewerbe bereits ab 2013 den Energieverbrauch je hergestellte Gütereinheit nach festen Vorgaben senkt (Grafik):

Von 2013 bis 2016 müssen die Industrieunternehmen ihre Energieintensität um insgesamt 5,25 Prozent reduzieren.

Schon wenn das Produzierende Gewerbe die jährlichen Zielwerte nur knapp verfehlt, verringern sich die Ökosteuern-Ermäßigungen für die einzelnen Antragsteller erheblich.

Die Bundesregierung hat allerdings ein faires Verfahren angestrebt – damit die Bemühungen der Industrie um einen effizienten Energieeinsatz möglichst angemessen abgebildet werden können, werden zum Beispiel kurzfristige Konjunkturschwankungen herausgerechnet. Darum und um die Kontrolle der Energieeinsparungen soll sich ein unabhängiges wirtschaftswissenschaftliches Institut kümmern.

Wachstumswelle im Web

Digitale Wirtschaft. Die Wirtschaft im und rund ums Internet schreibt seit Jahren einen Umsatzrekord nach dem anderen. Davon profitieren auch andere Branchen – ein Beschäftigter in der digitalen Wirtschaft sichert bis zu zehn Arbeitsplätze in der übrigen Wirtschaft.

Laut Bundesverband der Digitalen Wirtschaft (BVDW) wird die Branche 2012 in Deutschland rund 120 Milliarden Euro erwirtschaften und etwa 390.000 Mitarbeiter beschäftigen. Was diese ertüfeln und programmieren, ist gefragt:

Seit dem Jahr 2008 ist der Umsatz mit Datendiensten, Applikationen, E-Commerce und Web-Content um 40 Prozent gestiegen, die Zahl der Beschäftigten um 35 Prozent.

Doch was steckt eigentlich dahinter? Der BVDW definiert die digitale Wirtschaft als Querschnittsbranche, „die im Kern alle Wirtschaftszweige umfasst, in denen zur Umsetzung

von Geschäftsprozessen eine IP-Adresse genutzt wird“.

Als Kern der digitalen Wirtschaft gelten Service Access, Applikationen und Services sowie die End-User-Interaktion (Kasten). Nicht dazugezählt wird die Informations-, Kommunikations- und Telekommunikations-Infrastruktur und -Hardware, die gleichwohl zur Wertschöpfungskette der digitalen Wirtschaft zählt.

Weil die digitale Wirtschaft viele andere Branchen auf irgendeine Art beeinflusst, hat sie eine enorme Hebelwirkung: Mit 1 Euro Umsatz in den Kernbereichen werden laut BVDW Transaktionen von 8 bis 9

Digitale Wirtschaft – was ist das?

Laut Bundesverband der Digitalen Wirtschaft besteht der Kern der digitalen Wirtschaft aus drei Bereichen:

- **Service Access:** Das sind mobile und stationäre Datendienste für den Zugang zum Internet, Internet-Exchange-Services und die Domainvergabe.
- **Applikationen und Services:** Diese umfassen IT-Outsourcing, Hosting, Cloud Computing, Internet-Präsentationen, Online-Marketing, Softwareapplikationen für Webanwendungen, die digitale Printvorstufe und Web-to-Print-Anwendungen.
- **End-User-Interaktion:** Dazu zählen der elektronische Handel zwischen Unternehmen, das Online-Banking, der elektronische Handel mit Waren und Online-Services wie Partnervermittlung, Tickets, Reisetouristik etc. sowie originärer Web-Content wie Online-Publishing, Mediendownloads und mobile Apps.

Euro angestoßen – und jeder Beschäftigte in der digitalen Wirtschaft sichert acht bis zehn Jobs in der Gesamtwirtschaft.

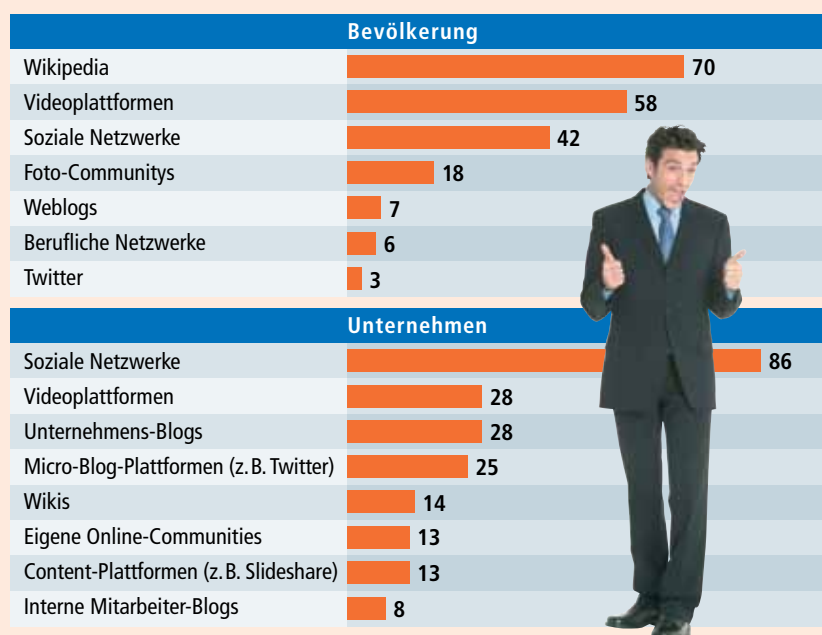
Das Umsatz-Schwergewicht bildet das Geschäft mit den Endnutzern, das in diesem Jahr 54 Milliarden Euro einbringen soll. Dafür verantwortlich sind vor allem Apps und bezahlte Netzinhalte – der Umsatz hat hier seit 2008 um 260 Prozent zugelegt – sowie E-Books, Videodownloads und Mini-Anwendungen für Smartphones.

Gerade mobile Anwendungen sind im Alltag längst selbstverständlich geworden. Gut 70 Prozent der Deutschen sind im Netz aktiv, und viele wollen permanent auf das Internet zugreifen können:

Ende 2011 gab es in Deutschland mehr als 21 Millionen Smartphone-Besitzer. Knapp zwei Millionen Menschen hatten einen Tablet-PC und

Social Media: „I like“

Nutzung von Social-Media-Anwendungen in Prozent



Mehrfachnennungen; Bevölkerung: ab 14 Jahren im Jahr 2011
 Unternehmen: Befragung von 332 Unternehmen im Dezember 2011 und Januar 2012
 Quellen: ARD/ZDF-Onlinestudie 2011, BITKOM



Unternehmen sein im Web 2.0

Die ständige Weiterentwicklung des Internets bedeutet für die Unternehmen, sich in vielen Bereichen neu aufstellen zu müssen. Kunden werden zu Mitgestaltern, die im Social Web darüber entscheiden, ob ein Unternehmen Erfolg hat oder nicht. Im Zweifel wird zum Beispiel ein schlechter Kundenservice mit einer Welle von negativen Kommentaren quittiert – und was einmal im Netz steht, ist praktisch nicht mehr aus der Welt zu schaffen.

Um nicht hinterherzuhinken, sind die Firmen selbst im Social Web aktiv. Laut einer Studie des Verbands BITKOM nutzen viele Unternehmen Social Media – kleine und mittlere genauso wie große Betriebe.

Am weitesten verbreitet ist Social Media im Handel, am wenigsten in der Industrie und im Baugewerbe. Drei Viertel der Unternehmen machen über Facebook, Twitter etc. Werbung; ein Großteil nutzt die Plattformen auch für Marketing und Öffentlichkeitsarbeit. Gut acht von zehn Unternehmen wollen damit ihren Bekanntheitsgrad steigern, mehr als sieben von zehn neue Kunden akquirieren. Jedes fünfte Großunternehmen setzt soziale Medien aber auch ein, um mit seinen Kunden zusammen Produkte und Dienstleistungen weiterzuentwickeln. In firmeninternen „Wikis“ wird Wissen gespeichert.

Ein wichtiges Feld für die Social-Media-Aktivitäten der Unternehmen könnte auch die Personalarbeit sein, doch dieser Weg wird bisher nur von wenigen beschritten: Laut einer Studie des Verbands BITKOM nutzten 2011 lediglich 8 Prozent aller Unternehmen Facebook & Co. zur Mitarbeitersuche oder hatten ein eigenes Karriereportal.

Von den Großunternehmen setzte ein gutes Viertel Social-Media-Kanäle zur Personalrekrutierung ein, davon nutzten die meisten die Business-Plattform XING (Grafik). Mehr als die Hälfte der im Social Web aktiven Unternehmen bewerten diese Anwendungen generell als positiv für die Rekrutierung.

weitere gut sechs Millionen planen, sich einen solchen anzuschaffen.

Und der Schritt hin zur nächsten Entwicklungsstufe des Web ist nicht mehr weit: Hatte das Web 1.0 die Tür zu einem schier unerschöpflichen Angebot von Daten und Informationen geöffnet, machte das Web 2.0 aus passiven Konsumenten aktive Internetnutzer, die selbst Inhalte ins Netz einstellen.

Zwar steht in der Hitliste der Nutzer die Informationssuche immer noch ganz oben – 70 Prozent der privaten Internetanwender zapfen Wikipedia an, um sich schlauerzu-

machen (Grafik). Sehr beliebt sind laut der ARD/ZDF-Onlinestudie von 2011 auch Videoportale wie YouTube und private Netzwerke.

Doch das Web 2.0 ist noch lange nicht das Ende. Trendforscher sehen schon das Web 3.0 mit sprach- und wissensbasierten Anwendungen, mit denen der Computer den Menschen regelrecht „versteht“ und ihm hilft, genau das zu finden, was er sucht. Im Web 4.0 werden schließlich intelligente Anwendungen viele Aufgaben übernehmen, die den Alltag erleichtern. Aber das ist noch Zukunftsmusik.

Neues Internetportal: REHADAT-Hilfsmittel

Menschen mit Behinderung oder gesundheitlichen Einschränkungen, die wissen wollen, wo es geeignete Rollstühle gibt oder wer die Anschaffung eines höhenverstellbaren Schreibtischs fördert, sind gut beraten, in das Internetportal REHADAT-Hilfsmittel zu schauen: Auf der Website sind mehr als 21.000 Produkte nach Kriterien wie Arbeitsplatz, Mobilität oder Kommunikation gruppiert und beschrieben.

Ergänzt werden die Inhalte durch Gerichtsurteile (z.B. zur Kostenübernahme), Literatur (Testberichte), Praxisbeispiele (zum Einsatz von Hilfsmitteln am Arbeitsplatz) und Adressen (Beratungsstellen). In der Infothek erfährt man unter anderem, wie das gewünschte Hilfsmittel zu bekommen und wie die Finanzierung geregelt ist. Als zusätzliche Serviceleistungen bietet das Portal das Hilfsmittelverzeichnis der gesetzlichen Krankenversicherung, ein umfangreiches deutsch-englisches Fachwörterbuch und weiterführende Links. Das Portal gehört zu REHADAT – dem weltweit größten Informationsangebot zum Thema Behinderung und berufliche Teilhabe. REHADAT ist ein Projekt des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln und wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert.

Weitere Infos: www.rehadat-hilfsmittel.de

Sie können's nicht lassen

Länderhaushalte. Die Bundesländer haben wegen der guten Konjunktur 2011 insgesamt rund 16 Milliarden Euro mehr Steuern eingenommen als geplant. Trotzdem haben viele Länder wieder Ausgaben auf Pump finanziert.

Warum schon jetzt sparen, sagen sich einige Länderchefs, das Neuverschuldungsverbot in der Verfassung gilt für die Bundesländer de facto doch erst ab 2020. Bis dahin räumt ihnen die Schuldenbremse eine Übergangsfrist ein (Kasten).

Dass einige Länder diese Zeit nutzen, um neue Schulden zu machen, ist schon ein Anachronismus – sind es doch vor allem die Deutschen, die von den Südeuropäern derzeit eine strikte Ausgabendisziplin fordern. Dabei wäre es für die Bundesländer aktuell so einfach wie nie zuvor, ihre Haushalte zu konsolidieren.

Anders als im Süden Europas sprudelten nämlich in Deutschland die Steuereinnahmen 2011 kräftig (Grafik). Doch längst nicht alle Bundesländer haben diesen Geldregen genutzt, um ihre Neuverschuldung zurückzufahren. Schlimmer noch:

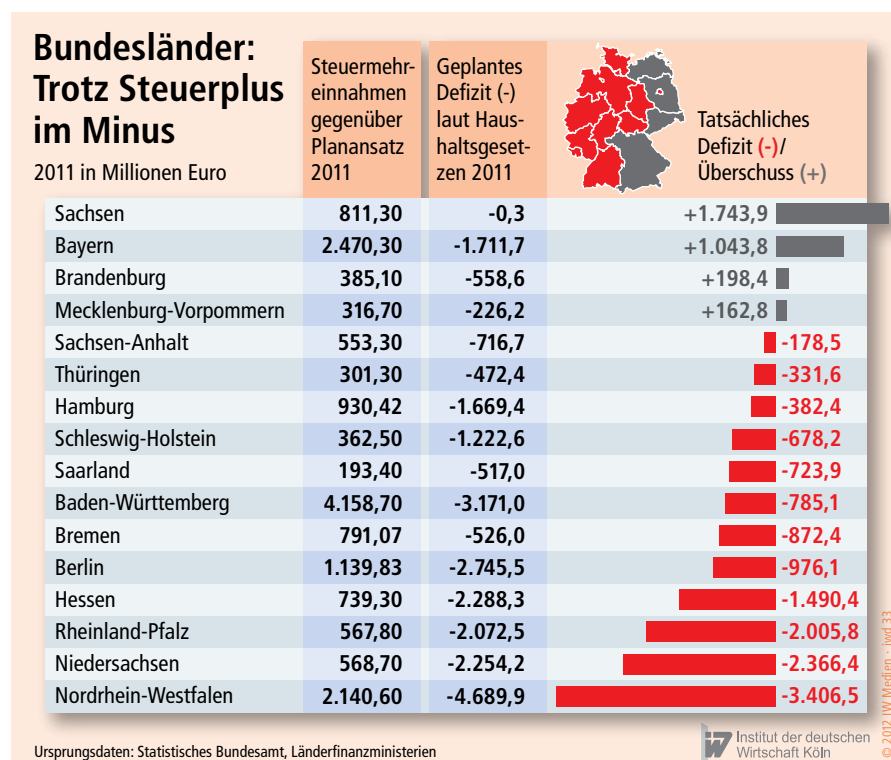
In Niedersachsen, Bremen und im Saarland fiel das Defizit sogar höher aus, als es in den Haushaltsplänen für 2011 angesetzt war.

Deutscher Meister im Konsolidieren ist dagegen Sachsen. Es hat 2011 einen Haushaltsüberschuss von rund 1,7 Milliarden Euro erwirtschaftet. Auf den Rängen folgen Bayern und Brandenburg.

Andere Länder wie Berlin haben immerhin ihre gesamten Mehreinnahmen eingesetzt, um die Neuverschuldung zu drücken. Die Hauptstadt hat sogar weniger auf Pump gelebt als ursprünglich vorgesehen.

Die Halbwertszeit von politischen Absichtserklärungen wird ohnehin immer kürzer: Zum Beispiel hatte die grün-rote Regierung in Stuttgart noch in ihrem Stabilitätsbericht vom Dezember 2011 eine konsequente Konsolidierungsstrategie versprochen. Sie wollte schon 2013 einen strukturellen Überschuss erzielen. Weil aber die Ausgaben im Jahr 2011 um 3,8 Milliarden Euro gestiegen sind und die Eckdaten für den Doppelhaushalt 2013/14 auch nicht besser ausfallen, ist ein ausgeglichener Haushalt mittlerweile in weite Ferne gerückt.

Während die Länderfinanzminister einstweilen keine Sanktionen für ihre unsolide Haushaltsführung fürchten müssen, sieht es für Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble anders aus. Denn er muss Strafzahlungen an die EU leisten, wenn das Defizit von Bund, Ländern und Kommunen im Jahr 2014 zusammen mehr als 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beträgt. Das sieht der europäische Fiskalvertrag vor (vgl. iwd 31/2012).



Schuldenbremse

Die Bundesländer sollen ihre Haushalte grundsätzlich ohne Kredite ausgleichen. So steht es im Grundgesetz. Nur zum Ausgleich konjunktureller Schwankungen ist eine vorübergehende Kreditaufnahme erlaubt. Strukturelle Defizite durch dauerhaft überhöhte Ausgaben sind dagegen verboten. Außerdem dürfen die Länder ihre alten Regelungen in den Landesverfassungen bis 2020 weiter anwenden – so lange haben sie Zeit, ihre strukturellen Defizite abzubauen.

Copyright auf Erfolg

Sport. Mega-Events wie die Fußball-europameisterschaft und die Olympischen Spiele bescheren ihren Veranstaltern Umsatzrekorde. Waren früher Tickets die Haupteinnahmequelle, sind es heute die Rundfunk- und Werbelizenzen – abgesichert durch ein professionelles Management von Marken- und Namensrechten.

Die diesjährige Fußball-europameisterschaft hat der UEFA Rekord-einnahmen von knapp 1,4 Milliarden Euro beschert (Grafik).

Bei der EM in Polen und der Ukraine sorgten Rundfunkrechte für 60 Prozent der Gesamteinnahmen, Sponsorengelder für weitere 25 bis 30 Prozent und Ticketverkäufe gerade einmal für 10 bis 15 Prozent.

Das war früher noch anders: Bei der EM 1996 wurde nur ein Drittel der Einnahmen durch Rundfunkrechte erwirtschaftet, das Gros der Umsätze resultierte seinerzeit noch aus Ticketverkäufen.

Ohne ein professionelles Rechte-Management wäre diese Wende nicht möglich gewesen. Denn Unternehmen sind nur bereit, Sponsorengelder lockerzumachen, wenn ihnen im Gegenzug eine gewisse Exklusivität garantiert wird; Gleiches gilt für die Sendeanstalten in Bezug auf Rundfunkrechte. Und Polizei, Zoll oder Handelsorganisationen können ohnehin nur dann gegen Verletzungen geistigen Eigentums vorgehen, wenn es ein dokumentiertes Schutzrecht gibt.

Folglich hat sich die UEFA weltweit sämtliche Marken- und Namensrechte rund um die Euro 2012 schützen lassen – dazu zählen unter



anderem das Emblem, die Maskottchen und auch der silberne EM-Pokal.

Trittbrettfahrer versuchen immer wieder, zum Verwecheln ähnliche Marken anzumelden, gefälschte oder nachgemachte Produkte auf den Markt zu bringen oder durch andere Betrügereien vom positiven Image sportlicher Großereignisse zu profitieren. Im Vorfeld der Europameisterschaft ist die UEFA jedoch erfolgreich gegen mehr als 400 Verstöße gegen Marken- und Namensrechte vorgegangen. In gut 40 Fällen mussten die nachgeahmten Produkte zerstört werden. Wie viel an Strafzahlungen geflossen ist, behält die UEFA allerdings für sich.

Bei Olympia sieht es nicht viel anders aus. Auch das Internationale Olympische Komitee (IOC) setzt inzwischen auf ein professionelles Management der Markenrechte. Für die aktuellen Sommerspiele hat es sich rechtzeitig die Marke „London 2012“ sowie weitere Bild- und Wortmarken weltweit und für sämtliche Produktklassen der Nizza-Klassifi-

kation (Kasten) schützen lassen. Parallel dazu hatte sich das IOC bereits im Jahr 2003 präventiv die Marken „Madrid 2012“, „Paris 2012“, „Moskow 2012“ sowie „New York 2012“ gesichert. Den Markenschutz für die vier nicht zum Zuge gekommenen Bewerberstädte hat das IOC am 11. Juli 2005 wieder aufgegeben – fünf Tage nach der Bekanntgabe Londons als Austragungsort.

Die Nizza-Klassifikation

Die International Classification of Goods and Services for the Purposes of the Registration of Marks, kurz Nizza-Klassifikation genannt, ist ein internationales Abkommen. Für 45 Kategorien (z.B. Chemikalien, Videospiele, Gastronomieleistungen) können demnach Schutzrechte erteilt werden. In Deutschland ist dafür in erster Linie das Deutsche Patent- und Markenamt zuständig. Der Inhaber eines Schutzrechts kann anderen Personen die Benutzung des geschützten Inhalts untersagen oder gegen Zahlung einer entsprechenden Lizenzgebühr erlauben.

Billigware nicht gefragt

Werkzeugherstellung. Was kaum jemand weiß: In Deutschland werden nach wie vor klassische Werkzeuge hergestellt – und der Absatz läuft wie geschmiert. Allein 2011 setzten die Werkzeughersteller gut 8 Milliarden Euro um, ein Fünftel mehr als 2010.

Wer schon einmal mit einem Schlagbohrer ein Loch in eine Stahlbetonwand bohren musste und bereits nach wenigen Minuten einen stumpfen Bohrkopf hatte, der wird das nächste Mal die Hände lassen von Billigwerkzeugen – und lieber zu einem Markenprodukt greifen. Das hat zwar seinen Preis, doch den zahlen Profis wie auch Hobbyhandwerker offenbar gerne – jedenfalls für „made in Germany“.

Im Jahr 2011 machten die deutschen Werkzeughersteller 20 Prozent mehr Umsatz als 2010.

Die Branche profitierte nicht zuletzt vom inländischen Bauboom – gerade im Hochbau und in der Aus-

baubranche wurden mehr Werkzeuge benötigt als in den Rezessionsjahren.

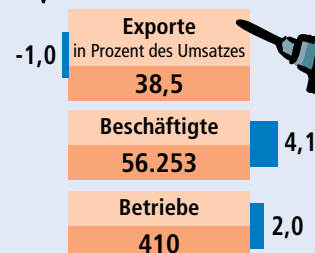
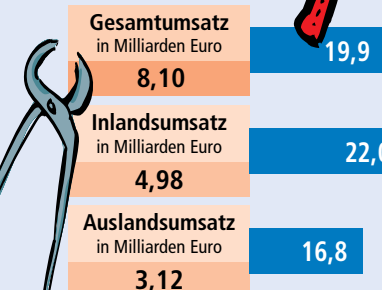
Auch im Ausland weiß man Werkzeuge aus deutscher Produktion zu schätzen. Jenseits der Grenzen konnten die deutschen Firmen 2011 ein Plus von 17 Prozent erzielen (Grafik). Nicht einmal die Eurokrise konnte die deutschen Werkzeugmacher bremsen: Der Absatz in den Euroländern stieg 2011 überdurchschnittlich und in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres um 4 Prozent. Dieses Plus war zwar geringer als auf den übrigen Auslandsmärkten (plus 8 Prozent), aber höher als in Deutschland (3 Prozent).

Einfachwerkzeuge wie Hobel, Hämmer oder Zangen machen nur etwa 13 Prozent des Absatzes aus; wichtiger sind mit einem Anteil von 35 Prozent auswechselbare Werkzeuge für Maschinen, also zum Beispiel Bohreinsätze.

Hauptabnehmer deutscher Werkzeuge ist hierzulande die Industrie; auf sie entfallen 80 Prozent des Umsatzes. Ein guter Kunde ist zum Beispiel die Metallbranche – sie ordert vor allem Umformungswerkzeuge wie Stanzen, Pressen und Walzen. Das restliche Fünftel der Produktion wird über den Facheinzelhandel oder Baumärkte an Heimwerker oder Handwerksbetriebe abgesetzt.

Werkzeughersteller: Hammerhartes Umsatzplus

2011 ■ Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Umsatz je Beschäftigten in 1.000 Euro

Werkzeugherstellung	143,7
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	319,7

Betriebe ab 50 Beschäftigten; Exporte in Prozent des Umsatzes; Veränderung in Prozentpunkten
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 33

Werkzeughersteller

In Deutschland gibt es 410 Betriebe mit mindestens 50 Mitarbeitern. Mit durchschnittlich 137 Beschäftigten handelt es sich um eine mittelständische Branche, die 2011 insgesamt rund 56.200 Mitarbeiter beschäftigte. Hinzu kommen 14.600 Beschäftigte, die laut Statistik im September 2011 in weiteren 463 kleinen Werkzeugbetrieben mit 20 bis 50 Mitarbeitern angestellt waren.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich),
 Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann,
 Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01
 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
 hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
 Köln Medien GmbH,
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
 Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich
 (außer Januar und Dezember)
 „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
 nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
 Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
 www.pressemonitor.de

iW.KÖLN. WISSEN
 SCHAFFT KOMPETENZ.